

Brühler Heimatblätter

zur heimatlichen Geschichte, Natur- und Volkskunde für Brühl und Umgebung



Nr. 2
April 2024
81. Jahrgang
Einzelpreis
2,50 Euro

Die Ankunft und Integration der Vertriebenen in Brühl (1945-1961) Kirchliche Einbindung, Interessenvertretungen und Schlussbetrachtung

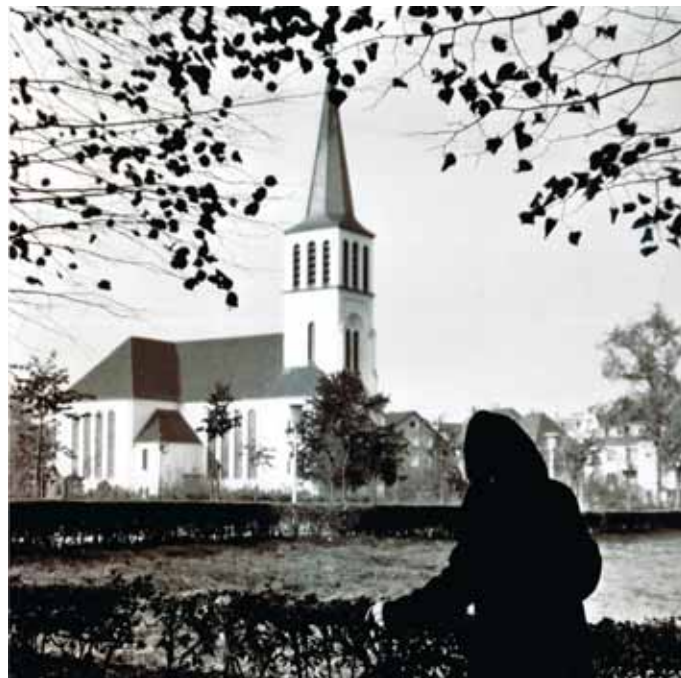
Teil 3 und Schluss
von Ulrich Wehrhahn m.a.

Vertriebene und Kirche - Die kirchliche Einbindung am Beispiel der Evangelischen Kirche

Religion, Migration und Integration stehen in einem engen Zusammenhang. War Migration in der Frühen Neuzeit ein Motor zu Schaffung von religiöser Homogenität, entwickelte sie sich weiter zu einem maßgeblichen Faktor zur Entstehung von religiösem Pluralismus. Die Ankunft der Vertriebenen im Westdeutschland hat dessen konfessionelles Antlitz verändert wie seit der Reformation und dem Dreißigjährigen Krieg nicht mehr.

Die Entwicklung der evangelischen Gemeinde nach dem Krieg

Im Krieg ist nicht nur die Christuskirche zerstört, auch das Pfarrhaus und das Gemeindehaus sind beschädigt worden. Bis Ende 1946 gelang es Pfarr- und Gemeindehaus wieder nutzbar zu machen. Der Bauantrag wird ausdrücklich wegen des starken Anwachsens der Gemeinde durch den Zuzug von Ostflüchtlingen und Evakuierten befürwortet. In



Wiederaufgebaute Christuskirche

Stadtarchiv Brühl

das Obergeschoss des Pfarrhauses werden zwei Flüchtlingsfamilien einquartiert. Darunter ein Landwirt aus Pommern, der bis 1953 den Küsterdienst in der Gemeinde übernimmt. Auch sein Nachfolger ist Heimatvertriebener. Da die meisten Vertriebenen und Flüchtlinge aus Gebieten mit überwiegend evangelischer Bevölkerung stammen, steigert sich der Anteil der evangelischen Christen von 2.588 (10,8 Prozent) im Jahr 1939 auf 7.287 (21,8 Prozent) 1958 (siehe Tabelle). Der Neubau der Christuskirche begann 1950, die Einweihung fand im November 1951 statt.

Zum Amtsbezirk des Brühler Pfarrers gehören 1945 neben der Stadt Brühl auch Teile von allen heutigen Nachbarkommunen. Die Ankunft von evangelischen Vertriebenen und Flüchtlingen lässt die Gemeinde stark anwachsen. Die Bildung neuer Pfarrbezirke ist die äußerlich sichtbarste Folge der Zuwanderung. 1948/49 und 1957 werden vier Abtrennungen vorgenommen. Als erstes wird die Gemeinde des Nachbarortes Liblar selbstständig. Ihr werden, die heute zu

Beiträge in diesem Heft:

Ankunft und Integration der Vertriebenen in Brühl (Seite 1-10)
Protokoll Jahreshauptversammlung 2024 (Seite 10-11)

Bevölkerung und Konfession in Brühl

Jahr	Gesamtbevölkerung	katholisch	in %	evangelisch	in %	sonstige	in %	
1895	9.638	8.917	92,5%	572	5,9%	150	1,6%	
1925	21.014	18.385	87,5%	2.316	11,0%	313	1,5%	
1933	23.076	19.977	86,6%	2.721	11,8%	378	1,6%	
1939	23.966	20.787	86,7%	2.588	10,8%	591	2,5%	
1941								
7.3.1945	17.800							
1945	22.996							
1946	25.995	21.975	84,5%	3.432	13,2%	588	2,3%	
1947	27.681							
1948	28.628	28.412	24.235	85,3%	3.551	12,4%	626	2,2%
1949	29.139							
Volkszählung 13.9.1950	29.791	24.407	81,9%	4.763	16,0%	621	2,1%	
1950	29.985	24.536	81,8%	4.919	16,4%	530	1,8%	
1951	30.702	24.739	80,6%	5.398	17,6%	565	1,8%	
1952	31.156	31.154	24.969	80,1%	5.618	18,0%	567	1,8%
1953	31.740	31.738	25.139	79,2%	6.002	18,9%	597	1,9%
1954	32.270	25.341	78,5%	6.278	19,5%	651	2,0%	
1955	32.257	25.247	78,3%	6.307	19,6%	713	2,2%	
1956	32.443	32.543	25.110	77,4%	6.720	20,7%	713	2,2%
1957	32.982	25.273	76,6%	7.003	21,2%	706	2,1%	
1958	33.505	25.508	76,1%	7.287	21,7%	710	2,1%	
1959	34.219							
1960	34.892							
1961	35.873							

Verändert nach: Stat. Jb 1948, S. VIII,1 und Stat. Jb. 1954-1958, Anhang S. 2.

Erfstadt und Weilerswist gehörenden Teile der Gemeinde zugeordnet. Es folgen Wesseling sowie die heute zur Stadt Hürth gehörenden Gemeindeteile Knapsack und später Hermülheim (1957). Zudem wird in Brühl 1954 eine zweite Pfarrstelle eingerichtet.

Die Neuordnung der rheinischen Kirche nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur beginnt mit der Provinzialsynode im September 1946. Dort wird eine extrem lutherische Reichskirche abgelehnt. Die Synodalen stehen zur Altpreußischen Union. Die Beratungen für die neue Kirchenordnung dauern bis 1952. Die Kirchenleitung fordert die Gemeinden auf die Ordnung zu diskutieren und die Ergebnisse den Kreissynoden vorzulegen. Auf diese Art sollen die Mitglieder bis zur Gemeindeebene an der Gestaltung der Kirchenordnung beteiligt werden.

Die rheinische Kirchenleitung setzt außerdem eine Kommission ein, die sich mit Fragen des Gottesdienstes und der Liturgie befasst. Sie empfiehlt Ende 1946, das Abendmahl in den Gottesdienst einzubeziehen. Dies wäre ein Entgegenkommen an die Vertriebenen, die zumeist aus lutherisch-unierten Gemeinden kommen, wo diese Regelung Brauch ist. Die Presbyter sprechen mit den Gemeindemitgliedern über diesen Vorschlag und stellen eine Mehrheit gegen eine Änderung fest. Das Abendmahl soll wie bisher am Ende des Gottesdienstes gefeiert werden. Den Vertriebenen zuliebe wird dann doch ein Gottesdienst nach dem Vorschlag der Kommission abgehalten. Das Presbyterium entschied dann trotzdem, „die bisher in Brühl gepflegte Sitte beizubehalten“. Trotz des nominell großen Wachstums der Gemeinde gibt es nicht genug aktive Neumitglieder, um eine Veränderung durchzusetzen. Es bleibt zudem offen, wie viele und welche Gemeindemitglieder durch die Befragung überhaupt erreicht wurden.

Im Rahmen der Neuordnung finden 1948 die ersten Presbyteriumswahlen seit 1932 statt. Das Presbyterium ist das Leitungsort

gan der Gemeinde. Wahlberechtigt sind alle Evangelischen, die sich in eine Wahlliste eintragen. Zum Gemeindebezirk Brühl gehören am 1. Oktober 1947 7.750 Personen, davon rund 4.000 Vertriebene und Flüchtlinge. In die Listen tragen sich aber nur rund 600 Gläubige ein. Über eine Kandidatur eines Vertriebenen ist nichts bekannt. Da nur ein Wahlvorschlag eingereicht wird, gilt dieser gemäß den geltenden Bestimmungen als angenommen. Die geringe Zahl der Gläubigen, die sich in der Wahl beteiligen wollen und die Existenz von nur einem Wahlvorschlag sprechen gegen eine größere Beteiligung der Zugewanderten am Gemeindeleben. Trotzdem ist Pfarrer Grosser der Auffassung, „dass wir durch recht viele der zu uns gekommenen, fromm evangelischen ostdeutschen Landsleute auch eine sichtliche Verstärkung des guten und

treuen kirchlichen Elements in unserer Gemeinde erfahren haben, wie es sich in einer spürbaren Belebung des Gottesdienstbesuches ausdrückte.“ Demnach ist es gelungen, die aktiv Gläubigen unter den Vertriebenen für das Gemeindeleben zu gewinnen, ohne dass sie dort einen nachhaltigen Einfluss ausüben oder strukturelle Veränderungen durchsetzen konnten.

Das Verhältnis zur katholisch geprägten Umwelt, auch zur katholischen Geistlichkeit entwickelt sich nach dem Krieg positiv. Es ist zwar in Brühl niemals zu konfessionellen Konflikten mit der katholischen Gemeinde gekommen, aber das Leben als Minderheit war nicht immer einfach. Zeitzeuge Thoma berichtet von Prügel, welche evangelische durch katholische Jugendliche erdulden mussten. „Wir standen als Minderheit den Juden näher als den Katholiken.“

Der Widerstand der Geistlichen beider Konfession gegen das nationalsozialistische Regime führte zu einer Annäherung. Die evangelischen Vertriebenen treffen zudem in Brühl auf eine etablierte evangelische Gemeinde, die 1951 ihre 100-Jahr-Feier begeht. Besonders die Ausbreitung der Braunkohleindustrie in den ersten 30 Jahren des 20. Jahrhunderts führte schon zu einem Anwachsen des evangelischen Bevölkerungsanteils auf etwa 10 Prozent der Bevölkerung.

Die Fürsorgetätigkeit für die Vertriebenen

Nach Kriegsende gründet die Kirchengemeinde aus eigener Initiative eine Gemeindehilfe. Es werden Geld und Sachspenden gesammelt und an Bedürftige (Ausgebombte, Obdachlose und Rückkehrer) verteilt. Die Gemeindehilfe ist schon aktiv bevor die Verteilung zumeist ausländischer Spenden durch das Evangelische Hilfswerk beginnt. Im September 1946 setzt die Zuwanderung der Vertriebenen ein. Fast wöchentlich kommen neue Transporte von Ostvertriebenen, die zunächst nur in Sam-



LUBLINSKY
STAHL- UND FEINSTAHLBAU

0 22 32 / 42 396 - info@lublinsky.de

Metallbau & Edeltahlarbeiten

- Türen & Tore
- Vordächer
- Geländer
- Zaunanlagen
- Innenausbau
- Handläufe

Balkone und mehr ...

melquartieren und Lagern untergebracht werden können. Nach Bekenntnissen getrennte Listen der in Brühl bleibenden Vertriebenen werden den katholischen und evangelischen Pfarrern zur Verfügung gestellt. Die Listen der kommunalen Meldeämter scheinen aber anfänglich keine zuverlässigen Angaben enthalten zu haben.

Mit einem der Transporte trifft im September 1946 der Prediger Otto Labuhn, der in Ostpreußen als Pfarrverweser zur Betreuung einzelner Gemeinden tätig war, in Brühl ein. Seine Familie starb bei einem amerikanischen Fliegerangriff auf Königsberg. Im Auftrag des Brühler Pfarrers Grosser widmet er sich der seelsorgerischen Betreuung der Vertriebenen in der Gemeinde. Dazu gehört eine Bestandsaufnahme der Eingewiesenen. Die Kartei wird in Beziehung zur der Tätigkeit des Kirchlichen Suchdienstes stehen. Seine Aufgaben verbindet Labuhn mit seelsorgerischen Besuchen in Lagern und Privatquartieren. Angesichts der großen Zahl der Vertriebenen, können dies die ortsansässigen Pfarrer nicht allein bewältigen. Die Gottesdienste und kirchlichen Amtshandlungen haben diese zunächst selbst übernommen, aber auch hier ist Labuhn oft die gottesdienstliche Vertretung überlassen. Es handelt sich um sog. Flüchtlingsgottesdienste, die im Januar 1947 nur gelegentlich abgehalten werden. Deren ständige Einrichtung ist für Pfarrer Grosser ein erster Schritt um den „... zugezogenen Fremden das Heimischwerden im rheinischen Kirchenleben zu ermöglichen und zu erleichtern.“ Für die Betreuung der Vertriebenen erscheint Labuhn aufgrund des gemeinsamen Erfahrungshintergrundes besonders geeignet. Deshalb empfiehlt Grosser der rheinischen Kirchenleitung seine Beschäftigung. Die für die Vertriebenen neu eingerichteten Gottesdienststunden finden u.a. in den Ortsteilen Badorf und Vochem statt. Dort können Räume der katholischen Volksschulen einmal im Monat entsprechend genutzt werden.

Die große Zahl von evangelischen Vertriebenen veranlasst die Kirchengemeinde eine Flüchtlingspflegerin einzustellen, welche die Tätigkeiten des Predigers Labuhn unterstützt. Die Gemeinde trägt ein Drittel ihres Gehaltes, das Evangelische Hilfswerk zwei Drittel. Beschäftigt wird die Fürsorgerin vom 1. Mai 1947 bis Ende August 1948. Ihre Aufgabe besteht darin, die in die Gemeinde eingewiesenen Vertriebenen zu besuchen, sie in einer Kartei zu erfassen, „... ihnen in ihren ersten Bedrängnissen, Schwierigkeiten und Bedürfnissen beratend und vermittelnd zur Seite zu stehen und bei der Verteilung der unserer Gemeinde zugewiesenen Spenden des Evgl. Hilfswerkes mitzuwirken“. Im Oktober 1947 verfasst die Pflegerin einen Tätigkeitsbericht, aus dem eindringlich das Leid der Vertriebenen sowie die kirchlichen Betreuungsmaßnahmen hervorgehen.

Die Kündigung der Flüchtlingspflegerin 1948 wird mit Sparmaßnahmen des Hilfswerkes und des Kölner Gesamtverbandes der Evangelischen Kirchengemeinden begründet. Nach der Währungsreform sind diese nicht mehr in der Lage Zuschüsse zum Gehalt von Flüchtlingspflegerinnen zu bezahlen. Die der Fürsor-

gerin bei der Einstellung übertragene Aufgabe „... kann ja jetzt auch als erfüllt und beendet angesehen werden. Die weitere kirchengemeindliche Betreuung der Flüchtlinge, die wir nunmehr als eingebürgerte Gemeindemitglieder anzusehen haben, wird durch uns selbst, bzw. unsere Gemeindegewerkschaft erfolgen.“

Zeitzeuge Thoma kommt zu einer kritischen Einschätzung des Wirkens von Pfarrer Grosser nach dem Krieg. Dieser habe sich während der nationalsozialistischen Diktatur große Verdienste im Widerstand erworben. Aber nach dem Krieg sei er mit den Verhältnissen nicht mehr zurechtgekommen und für die Betreuung der Flüchtlinge nicht geeignet gewesen. Seine „diktatorische“ Art habe nicht dazu beigetragen Vertrauen aufzubauen. So sei dafür gesorgt worden, dass Grosser nicht mehr allein die Lager besucht, da er Gefahr lief, durch unbedachte Äußerungen Empörung auszulösen. Zum Beispiel mit der Bemerkung, dass die Vertreibung gottgewollt gewesen sei.

Stützende Hinweise für diese Einschätzung sind in einem Konflikt zwischen Pfarrer Grosser und der Flüchtlingspflegerin zu finden. Dabei handelt es sich um eine Auseinandersetzung, ob diese bei der ihr zustehenden Mitwirkung bei der Verteilung von



Christuskirche Brühl nach der Zerstörung 1945 (Stadtarchiv Brühl)

Hilfsgütern ausgeschlossen bzw. unberücksichtigt geblieben ist. Hier steht Aussage gegen Aussage. Jedoch lassen sich aus der Wortwahl von Pfarrer Grosser Erkenntnisse gewinnen: „Wir haben auch in unserer Gemeinde niemals solche Aufsässigkeiten und Empörungen gekannt, wie sie jetzt in der Flüchtlingsbetreuung hervortreten.“ Wie aus der Antwort hervorgeht, scheint die Fürsorgerin erst über Dritte erfahren zu haben, dass sie Mitglied der Verteilungskommission ist. Zu deren bisherigen Sitzungen sei sie aber nicht eingeladen gewesen. Weiter geht sie auf eine nicht dokumentierte Bemerkung des Pfarrers ein, dass ihre Versammlungen nur Hetzversammlungen seien. Sie fühlt sich tief gekränkt und beleidigt. Sie lade Vertriebene und Evakuierte zu Versammlungen und Veranstaltungen ein. Viele wollen kommen, fühlen sich aber zurückgesetzt, da sie keine gute Kleidung hätten. Auch

Die Buchhandlung Karola Brockmann
Unser Online-Shop:
Rund um die Uhr geöffnet!
brockmann-buecher.de



Uhlstraße 82, 50321 Brühl
Tel. (02232) 410498

Immer persönlich erreichbar:
Mo bis Fr. 8.00 bis 19.00 Uhr
Sa 8.00 bis 16.00 Uhr

Brockmann

Pfarrer Grosser sei zu jeder der bisher etwa 40 Veranstaltungen eingeladen gewesen, hätte aber immer wegen Überarbeitung abgesagt.

Für die Problembewältigung der evangelischen Vertriebenen ist die Tätigkeit des Predigers und der Flüchtlingspflegerin, besonders die individuelle Hilfe und Zuwendung, im Hinblick auf deren Integration in die Kirchengemeinde von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Gesteigert wird diese dadurch, dass Pfarrer Grosser für integrierende Tätigkeiten überlastet erscheint und wahrscheinlich alleine nicht in der Lage gewesen wäre die Vertriebenen im notwendigen Maße zu betreuen.

Die Interessensvertretungen der Vertriebenen

Die Beteiligung der Vertriebenen in der Kommunalpolitik wird von den Vorstellungen der Besatzungsmacht bestimmt. Die Briten lassen keinen Zweifel daran, dass sie bezüglich der Vertriebenen ein Assimilationskonzept verfolgen. Sie sind nicht nur vorübergehend aufzunehmen, sondern vollständig und endgültig zu integrieren. Deshalb sollen sie ihre Vorstellungen im Rahmen der lizenzierten Parteien artikulieren und nicht in separaten Interessengruppen. Um der Gefahr einer Minoritätenbildung vorzubeugen und um eine Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge zu erleichtern, wird der Zusammenschluss zu Flüchtlingsgemeinschaften im Januar 1946 verboten. Bereits bestehende Gruppen werden aufgelöst. Dieses Koalitionsverbot wird erst im Zuge des sich herausbildenden Ost-West-Konflikts 1947 gelockert. Die Landesregierung will die Interessen der Vertriebenen durch Flüchtlingsausschüsse bzw. -beiräte kanalisieren. Vertreter von Behörden, Parteien, Wohlfahrtsorganisationen und der Flüchtlinge sollen in Beiräten und Kontrollausschüssen auf den verschiedenen Ebenen, von der Gemeinde über die Kreise und Regierungsbezirke bis zur Landesebene, zusammenarbeiten.

Flüchtlingsausschuss und Flüchtlingsbeirat

Die Einrichtung von Flüchtlingsausschüssen ist durch die Briten in Erwartung der Massentransporte schon im November 1945 angeordnet worden. Zunächst sind sie mehr ein Gremium der Behörden, Ratsfraktionen und Wohlfahrtsverbände. Sie sind aber nicht konkret vorgeschrieben. Im Landkreis Köln und in Brühl werden die Angelegenheiten der Vertriebenen in Zentralfürsorgeausschüssen behandelt. Der Stadtrat beruft zunächst im Februar 1947 einen Flüchtlingsprecher in den Wirtschaftsausschuss. Aus nicht bekannten Gründen wird in der nächsten Sitzung des Rates die Wahl wiederholt und eine Flüchtlingsvertreterin gewählt. Im Juni wird diese ebenfalls in den Zentralfürsorgeausschuss berufen.

Die Landesregierung regelt die Beteiligung der Vertriebenen in den für sie zuständigen Gremien durch Erlasse des Sozialministers im September 1947. Für die Wahl in den Gemeinden wird der 11. November 1947 bestimmt. Der Brühler Flüchtlingsausschuss wird am 18. Januar 1948 aus sieben Flüchtlingsvertretern gebildet. Dieser benennt für verschiedene Ausschüsse beratende Mitglieder, sog. Flüchtlingsprecher, die vom Stadtrat bestätigt werden. Vertriebene sind dadurch in folgenden Ausschüssen vertreten: Schulspeisung-, Bau-, Berufsschul-, Gemeindefürsorge-, Gewerbe-, Wohnungs- und Wirtschaftsausschuss. Weiter werden Flüchtlingsvertrauensmänner als Flüchtlingsprecher in die zehn Wirtschaftsunterausschüsse (vier in der Innenstadt, sechs in den anderen Ortsteilen) berufen. Nach der Kommunalwahl im Oktober 1948 werden diese Berufungen bestätigt. Der Stadtrat bestimmt bei der Neubesetzung des Wohnungsausschusses, ein von der CDU benanntes Mitglied zur Flüchtlingsvertreterin, da dieses



Georg Grosser Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde
(Stadtarchiv Brühl)

die Voraussetzung erfülle, wie eine Anfrage beim Flüchtlingsamt ergeben hätte.

Nach § 13 des Landesflüchtlingsgesetzes vom Juni 1948 sind bei den einzelnen Verwaltungsebenen Flüchtlingsbeiräte zu bilden. Die Flüchtlingsausschüsse werden in Beiräte umbenannt, um Verwechslungen mit den parlamentarischen Ausschüssen zu vermeiden.

Durch die Art der Zusammensetzung des Beirats als Interessensvertretung der Vertriebenen wird der Einfluss der gerade entstehenden Brühler Vertriebenenvereinigung an den kommunalen Aufgaben von vornherein begrenzt. Obwohl Mitglieder der Interessengemeinschaft der Ostvertriebenen (IGOV) im Beirat vertreten sind, entstehen Konflikte. Die IGOV betreibt eine Unterschriftensammlung, um einzelnen Mitgliedern des Beirates das Misstrauen auszusprechen. Zudem wird eine „Nichtaktivität“ des Beirates bezüglich der primitiven Unterbringung der Flüchtlinge im Lager Heide bemängelt. Es folgt der Ausschluss eines Beiratsmitgliedes aus der IGOV. Die Auseinandersetzungen münden in einer hart geführten Aussprache in der Beiratssitzung vom 31. Mai 1949. Erst danach kommt es zu einer Verständigung. Die IGOV stellt ihre Aktivitäten gegen den Beirat ein und das ausgeschlossene Mitglied wird wieder aufgenommen. Nach dem Grundsatz, dass Spannungen am ehesten durch personelle Verflechtungen abgebaut werden, engagiert sich die IGOV bei den nächsten Beiratswahlen.

Die Neuwahl findet am 13.11.1949 statt, die konstituierende Sitzung des Beirats am 5.1.1950. Bei der Wahl können nur in acht von zehn Bezirken ein oder mehrere Kandidaten aufgestellt werden. Nur in zwei Bezirken finden überhaupt Wahlen statt, da dort jeweils zwei Kandidaturen angemeldet werden. Somit werden sechs Kandidaten ohne Wahl bestimmt. Die IGOV stellt sechs der „direkt“ gewählten Mitglieder. Für die zwei nicht besetzten Bezirke werden vom neuen Beirat Vertrauensmänner eingesetzt. Angesichts von über 2.000 Vertriebenen und Flüchtlingen in Brühl eine schwache Form der Beteiligung. Zu den gewählten Flüchtlingsvertretern, darunter der 1. und der 2. Vorsitzende der Interessengemeinschaft, beruft die Stadt weitere Mitglieder aus den

Tätigkeitsbericht der evangelischen Flüchtlingspflegerin (Oktober 1947)

Abschrift!

Tätigkeitsbericht.

Ich, Unterzeichnete, Frau Frida Potreck, bin ab 1. Mai 1947 als Flüchtlingsfürsorgerin in der evangelischen Kirchengemeinde Brühl tätig, habe Flüchtlinge in 12 Orten (Pingsdorf, Badorf, Schwadorf, Walberberg, Heide, Kierberg, Vochem, Fischenich, Hermülheim, Kalscheuren, Berzdorf und Brühl) zu betreuen und schätze ca. 1500 – 1800 Personen.

Zuerst habe ich an Hand einiger Karten diese Flüchtlinge erst besucht und diese Karten berichtet, dann die meisten Flüchtlinge erst gesucht und eine ordentliche Kartei angelegt, die sich im Pfarrhause in Brühl befindet und noch ständig vergrößert wird. Ich besuche jeden Flüchtling, erfasse ihn also karteimäßig, höre auch die Nöte und Klagen derselben und versuche nach Möglichkeit Milderung in jeder Angelegenheit zu schaffen. Es ist mir gelungen oft allein stehende Personen Stellung jeglicher Art zu verschaffen, Sorge auch für Heimarbeit, sodaß wohl jeder bisher zufrieden war. Auch habe ich den Streit, der zwischen den Mietern und Vermietern oft und fast überall ist, zu schlichten versucht und oft danach besseres Zusammenwohnen feststellen können. So besuche ich die Flüchtlinge nicht nur einmal, sondern öfters und leiste auch Hilfe in leichten Krankheitsfällen. Sehr liegt mir die augenblicklich verwahrloste, haltlose Jugend am Herzen, für die ich nur dadurch sorgen kann, indem ich sie anhalte zum Gottesdienst oder Kindergottesdienst und zur Schule zu gehen, was oftmals wieder wegen schlechten oder gar keinen Schuhen nicht möglich ist. Die Not jeglicher Art und das Elend ist sehr groß !!!

Die Flüchtlinge in je 2 nahe aneinandergelegenen Orten lade ich in jedem Monat einmal zu einer Zusammenkunft ein, erhielt bisher auch den dazu benötigten Raum (Saal oder kleineres Zimmer) von Gaststättenbesitzer unentgeltlich, und sind die Versammlungen stets gut besucht. Dort nehme ich Wünsche und Klagen entgegen und helfe gern jedem in seiner Art, soweit es mir möglich ist. Die Frauen und Mädchen ersuche ich auch Stopfarbeit mitzubringen, damit die 3 Stunden am Nachmittag nicht ungenützt vorüber gehen. Diese Versammlungen sind so beliebt, daß schon von den Flüchtlingen verschiedentlich geäußert und gewünscht wurde, jede Woche sich zu treffen, was ja nun bei meiner überreichlichen Arbeit nicht möglich ist. Die Flüchtlinge lernen sich auch untereinander kennen und finden sich als Nachbarn aus ihrer Heimat hier in der Fremde zu beiderseitigen Freude wieder.

Eine große Freude und auch Erbauung ist es, wenn Herr Pastor Labuhn, der an jeder Versammlung teilnimmt, zuerst mit uns ein Lied aus dem kleinen Gesangbuch singt und dann eine Epistel oder einen Psalm erklärt und sich auch mit Flüchtlingen über ihre privaten Verhältnisse unterhält, und mit gutem Rat versucht Not zu lindern. Eine große Frage ist stets: kommen nicht bald Spenden? Bei der letzten Verteilung der Kleidungsstücke, die durch Schwester Martha und mich erfolgte, haben wir ja etwas geben können, speziell für Kinder, aber es fehlt eben Vielen noch mehr und Manchem fehlt alles! Oft müssen gespendete Sachen noch gestopft werden und geändert werden wozu auch wieder die Nähmittel fehlen. Aber erfreut und dankbar sind die Armen, und haben sie auch diverse Dankschreiben schon eingereicht. An jedem Montagnachmittag halte ich in meinem sehr kleinen, äußerst mießen und ungesunden Wohnraum noch Sprechstunden ab, und da kommen die Flüchtlinge noch mit vielen Fragen und Wünschen ganz besonderer Art. Augenblicklich bin ich bei der Vorbereitung zur Advent- und Weihnachtsfeier, die ich recht schön und feierlich gestalten möchte.

Gez. Frau Frida Potreck

Brühl-Pingsdorf
Badorferstr. 31

Quelle: Archiv der Evangelischen Kirche Brühl

Reihen der Wohlfahrtsverbände (AWO, Caritas, Innere Mission) und anderer interessierter Organisationen (Arbeitsamt) sowie Vertreter der Stadtverwaltung (Sozial- und Wohnungsamt). Bei der Wahl des Beiratsvorsitzenden setzt sich der 2. Vorsitzende der IGOV in einer Kampfabstimmung durch. Weiter werden Flüchtlingssprecher für fünf Ratsausschüsse benannt (Bau-, Gemeindefriedung-, Gewerbe-, Wohnungs- und Wohlfahrtsausschuss), die später vom Stadtrat bestätigt werden.

Zu den Aufgaben des Beirates gehören Stellungnahmen zur Vergabe von verschiedenen Beihilfen, besonders von Ausbildungsbeihilfen. Ab Juni 1951 werden, auf Anordnung der Kreisverwaltung, auch Stellungnahmen zu Bauzuschussanträgen beraten. Dabei handelt es sich um die Gewährung von verlorenen Zuschüssen zur Erstellung von Wohnungen für Vertriebene. Weiter wird nach den Vorgaben des Landesflüchtlingsgesetzes (§ 15) ein Schlichtungsausschuss aus drei Mitgliedern des Beirats gebildet. Dessen Aufgabe ist die Vermittlung bei Streitigkeiten zwischen Flüchtlingen und Einheimischen und Flüchtlingen untereinander. Ziel ist die Herbeiführung einer gütlichen Einigung bevor Gerichte oder Behörden eine Entscheidung treffen. Eine Schlich-

tung wird in Brühl selten gewünscht. 1951 sind zwei Fälle, in 1952 ist nur einer behandelt worden. Alle drei Fälle betreffen Differenzen zwischen Mietern und Vermietern.

Das wichtigste Aufgabenfeld für den Beirat ist die Wohnungssituation von Vertriebenen und Flüchtlingen. Auf den Beiratssitzungen kommt wiederholt die als unzureichend eingeschätzte Unterbringung der Vertriebenen zur Sprache. Auch in den Sprechstunden des Vorsitzenden werden hauptsächlich Wohnungsprobleme besprochen. Deshalb beantragt der Beirat beim Stadtrat die Rücknahme des Beschlusses zur Lockerung der Wohnungswirtschaft. Zur Begründung heißt es, dass durch „diese Maßnahme vielen unzulänglich untergebrachten Vertriebenenfamilien unmöglich geworden sei, jemals eine einigermaßen geeignete Wohnung zu erhalten.“

Den Vertriebenen und Flüchtlingen werden durch den Beirat Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte eingeräumt. Die Beteiligung an der Problembewältigung ist sinnvoll, um die beabsichtigte Integration der Vertriebenen zu erreichen. Das Wahlverfahren und die rechtliche Verankerung im Landesflüchtlingsgesetz dürften mit dazu beigetragen haben, vorhandene Spannungen abzubauen. Trotzdem ist in Brühl das Interesse der Vertriebenen zur Mitarbeit im Beirat gering. Durch das Bundesvertriebenen-gesetz 1953 werden die Flüchtlingsbeiräte neu organisiert. Sie setzen sich nur noch aus drei Flüchtlingsvertretern (zwei Vertriebene, ein SBZ-Flüchtling) zusammen. Diese werden vom Kreisvertriebenenbeirat benannt und vom Stadtrat bestätigt. Die Schlichtungskommission wird abgeschafft und Stellungnahmen für Beihilfen und Baukostenzuschüsse werden nicht mehr eingeholt. Dies bedeutet einen Bedeutungsverlust, die Herabstufung zu einem reinen Informationsgremium.

Der Bund der vertriebenen Deutschen

1948 werden Flüchtlingsvereinigungen mit sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Zielsetzungen bis zur Kreisebene wieder erlaubt. Auf lokaler Ebene dienen sie den Vertriebenen als Ansprechpartner für ihre Nöte und Sorgen. Die 1949 gegründeten Zusammenschlüsse auf Landes- und Bundesebene erfüllen vor allem den Zweck der Beschaffung und Weitergabe von Informationen. Mit der Selbstbezeichnung als Vertriebene bzw. Heimatvertriebene wird den verschiedenen Landsmannschaften eine integrierende Klammer zum Zusammenschluss geboten. Gleichzeitig ist mit ihr eine Abgrenzung zu anderen Flüchtlingsgruppen impliziert.

Am 5. Mai 1948 findet die Gründungsversammlung der Interessensgemeinschaft der Ostvertriebenen, Ortsvereinigung Brühl (IGOV) statt. Es finden zwei Umbenennungen statt. 1950 zum Ortsverband der vertriebenen Deutschen e.V., Brühl und 1963 zum Ortsverband der vertriebenen Deutschen e.V., Brühl im BvD. Bis Ende des Jahres 1948 werden 558 Mitglieder gezählt. Bis März 1956 steigt die Mitgliederzahl auf 830. Bis 1961 sinkt sie auf 636, bleibt dann bis 1970 konstant über 600. Damit ist der



IGOV Brühl
 erster Heimatbrief
 Januar 1949
 Seite 1

BvD bis zum Ende des Berichtszeitraums 1961 der größte Brühler Verein. Schon bald erscheint eine monatlich herausgegebene Mitgliederinformation, der Heimatbrief. Dieser ist bis Mai 1953 ein Organ des Ortsverbandes. Ab Juni 1953 bis Ende 1972 wird er als Mitteilungsblatt des Kreisverbandes fortgeführt.

Ziel des BvD ist es, die Vertriebenen und Flüchtlinge in allen Fragen der Existenzgründung und -sicherung, des täglichen Lebens, der Wohnraumbeschaffung, der Rentenberatung und später der Beratung beim Lastenausgleich, der Suche nach Angehörigen etc. zu beraten und ihre Sache vor den Behörden und Ämtern zu vertreten. Zum anderen soll auch das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt, heimatliche Sitten und Gebräuche weitergepflegt, Kulturgüter erhalten und nicht zuletzt, das Recht auf Heimat, Selbstbestimmung, Freiheit und Frieden verteidigt und erstritten werden.

Ein wichtiges Betätigungsfeld ist die Sozialarbeit. Angefangen mit der Verteilung von Paketspenden an über 65 Jahre alte Mitglieder im Dezember 1949, den Verkauf verbilligter Waren über das „Sozialwerk der Heimatvertriebenen für den Landkreis Köln“ mit Geschäftsstelle in Brühl (ab September 1950) bis zur verbilligten Abgabe von Hausbrand und Briketts an bedürftige Mitglieder durch das Gruhlwerk in den Wintern 1950/51 und 1951/52. Die Sozialarbeit wird fortgeführt in Sammlungen für Notaufnahmelager und Paketsendungen in die DDR. Weitere Serviceleistungen sind die monatlichen und kostenlosen Rechtsberatungen durch einen dem Ortsverband angehörenden Anwalt, sowie die wöchentlichen Sprechstunden des Vorsitzenden. Weitere soziale Aktivitäten sind die Einrichtung einer Sterbekasse, Beratungen in Angelegenheiten des Lastenausgleichs, der Rente, Familienzusammenführung, DRK-Suchanträge etc. Aber auch die Vermittlung von Ferienaufenthalten bzw. Lehrgängen für Jugendliche und Müttererholungskuren.

Die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls wird durch gesellige Zusammenkünfte, wie Tanz- und Heimatabende sowie Kirmesbälle, Maikränzchen, Schlachessen, Weihnachtsfeiern etc. gefördert. Dazu gehören seit Anfang 1951 die monatlichen Treffen der Frauengruppe. Diese bietet zudem wöchentlich Nähtreffen an (mit Stellung von Nähmaschinen), eine Art der Hilfe zur Selbsthilfe. Schon früh widmen sich die Vertriebenen dem Karneval. Von 1949 bis 1954 wird jährlich einmal gefeiert, ab 1955 bis 1958 zweimal jährlich und ab 1959 werden drei Karnevals-

feiern pro Jahr angeboten. Das Feiern einheimischer Feste könnte als großer Integrationsschritt gesehen werden. Zeitzeuge Philipp meint aber, dass die Vertriebenen dabei meist unter sich gewesen sind. Überhaupt hätten sich nur wenige Einheimische für die Veranstaltungen des BvD interessiert. Trotzdem gehört der BvD 1970 zu den Gründungsmitgliedern des „Festauschusses Brühler Karneval“. Zum weiteren Angebot des Ortsverbandes gehören Ausflüge in die nähere Umgebung und Lichtbildvorträge über die alte Heimat, Filmvorführungen, und Puppenspiele. Eine Jugendgruppe wird 1949 gegründet und 1951 in die Deutsche Jugend des Ostens (DJO) eingebunden. Bis Ende 1957 werden über 100 Mitglieder gezählt, die zahlreiche Aktivitäten betreiben. Nach mehrjährigen Bemühungen erhält die Gruppe im September 1957 ein Jugendheim. Dieses wird auch für die Vorstandssitzungen des Ortsverbandes und von der Frauengruppe genutzt. Die Hochzeit der DJO ist die zweite Hälfte der 1950er Jahre. Nachdem der seit 1956 amtierende Vorsitzende aber diese Funktion 1959 aufgeben muss, löst sich die Gruppe schnell auf. Ende 1960 wird deshalb das Jugendheim geschlossen.

Einer der jährlichen Höhepunkte sind die Veranstaltungen zum Tag der Heimat. An diesem nehmen auch die Einheimischen größeren Anteil. Das Programm 1954 beginnt mit Gottesdiensten beider Bekenntnisse. Anschließend wird in einem Kino der Film „Kreuzzug der Freiheit“ gezeigt. Am Nachmittag folgt die Feierstunde. Diese findet ihren Abschluss im Singen des Deutschlandliedes, wo „die Gemeinsamkeit ... litt unter der Unentschiedenheit, welche Strophe gesungen werden sollte“. In der Einladung zur Feier 1955 werden wohl deshalb alle drei Strophen abgedruckt, in der Einladung 1956 allerdings nur das Singen der 3. Strophe angekündigt. Auf Anregung des BvD veranstaltet die Stadt zudem von 1954-1966 am 17. Juni eine Gedenkveranstaltung zum Juniaufstand 1953 in der DDR.

Der IGOV- bzw. BvD-Ortsverband Brühl bemüht sich, keine Zersplitterung der Vertriebenen auf lokaler Ebene entstehen zu lassen. Deutlich wird dies in einem Aufruf des Vorsitzenden im Januar 1950: „Wir müssen ... erkennen, dass wir hier im Westen in 1. Linie ostdeutsche Menschen sind ... Es gibt für uns ... nur die Organisation der Interessengemeinschaft der Ostvertriebenen, in der sich alle Landsmannschaften vereinigen und eingliedern.“ Ende 1950 erfolgt der Zusammenschluss mit der Landsmannschaft Ostseestrand. Die Gründung einer „Pommerschen Landsmannschaft“ wird nicht unterstützt. Über das Wirken der Ortsgruppe der Sudetendeutschen Landsmannschaft ist wenig bekannt. Erstmals belegt ist sie im September 1954 mit einer Feierstunde am Vorabend des Tages der Heimat. Spätestens 1959 suchen die Ortsgruppen von BvD und Sudetendeutscher Landsmannschaft die Zusammenarbeit. Ein Jahr später steht der Zusammenschluss kurz bevor, wie aus Äußerungen der beiden Vorsitzenden auf der Jahreshauptversammlung des BvD 1960 deutlich wird. Zur Fusion kommt es schließlich nicht, was aus der Mitgliederstatistik des BvD deutlich wird, die keine Steigerung zeigt. Zeitzeuge Philipp erwähnte nur kurz, dass die Sudetendeutschen eine kleine Gruppe bildeten, über deren Tätigkeiten er nichts sagen könne.

Einer der wenigen Hinweise für Kontakte zur evangelischen Kirche findet sich im Protokollbuch des Presbyteriums. Der Vorsitzende des BvD beantragt für seine Organisation die regelmäßige Nutzung des Gemeindehauses. Da kein weiterer Eintrag bezüglich dieses Wunsches erfolgt, wird es nicht zu einer Vereinbarung gekommen sein. Es gibt keine weiteren Hinweise auf nähere Kontakte zur evangelischen Gemeinde. Angesichts der Tatsache, dass die meisten Vertriebenen evangelisch sind und

Wahltag ist Zahltag!

Was unser Verband und die Betriebe nie direkt erreichen können, schafft leicht der gewählte Abgeordnete im Kreis, Stadt- und Gemeinderat. Darum müssen wir Abgeordnete im Kreis und in den Gemeindeparlamenten haben!

Am Wahltag bestimmt jeder auch sein persönliches Schicksal! Wer am Wahltag seine Pflicht versäumt, hat sich selber die Schuld zuzuschreiben, wenn seine berechtigten Forderungen nicht erfüllt werden.

Kultur- und gesellschaftliche Veranstaltungen fallen auf der politischen Wogenbahn nicht ins Gewicht.

Vertriebenen und Flüchtlinge Am Wahltag gibt Du Dein Urteil ab über Recht oder Unrecht in der Vergangenheit und entscheidest Dein Schicksal für Mutter, für Vater, für Brüder und Landwirte, für die für geringeren und, in unzureichender Wohnungsverhältnisse zu leben, für ältere Angehörige. Für unterwerfliche Beschäftigte, alle, die für keine Aussicht haben, den Vertriebenen nachzuziehen, hat sich selber die Schuld zuzuschreiben, wenn seine berechtigten Forderungen nicht erfüllt werden. Und, die für es wieder geschickt hat und insbesondere auch für jugendliche Wähler mit anderen Rufen:

Wählt Vertriebenen-Kandidaten!

Weiden: In den BvD-Ortsverbänden der Gemeinde Weiden finden von der Gemeindevahl folgende Versammlungen für Heimatvertriebene und Flüchtlinge statt:

Ortsklubabend: Communistische Arbeiter der, Sonntag, den 21. Oktober, 14.00 Uhr

Uhrwald: Gustav Hoyer, Donnerstag, 21. Okt., 20 Uhr.
Gustav Weidenhagen, Donnerstag, Freitag, 24. Okt., 20 Uhr.
In beiden Versammlungen spricht zur Gemeindevahl:
Dr. Heilmann, Weiden-Dübau

**SAUBERKEIT
SPARSAMKEIT
SOZIALE GERECHTIGKEIT
in den Gemeinden und im Kreis:**

Vertriebene, wählt Vertriebene!

Heimater Kreisverband Köln-Land im BvD Bund der Vertriebenen Deutschen, Köln-Land, Gemeindevahltag, Sonntag, 21. Oktober, 1956, Uhr

BdV Heimatbrief Oktober 1956 erste und letzte Seite

der schon beschriebenen Tätigkeiten des Predigers Labuhn in der evangelischen Flüchtlingsfürsorge, kann dies als ein Zeichen für eine gewisse Distanz gewertet werden. Zeitzeuge Philipp erinnert sich nicht an nähere Kontakte zur evangelischen Kirche.

Das beherrschende politische Thema, welches den BvD beschäftigt, ist die Wohnungswirtschaft, speziell die 1951 die vom Stadtrat beschlossene Lockerung der Wohnraumbewirtschaftung. Der BvD sieht in erster Linie die Vertriebenen als Opfer des Beschlusses. Durch diesen würden zudem zahlreiche Gesetze missachtet. Dies bestätigte ein Runderlass des Ministers für Wiederaufbau. Der BvD legt deshalb im Oktober 1951 formell Einspruch gegen den Ratsbeschluss ein. 1952 geht der BvD einen Schritt weiter und verklagt die Stadt. Das Landesverwaltungsgericht weist die Klage aus formalen Gründen ab, da Popularklagen dort nicht zulässig sind und der BvD nicht direkt durch die Maßnahmen der Stadt betroffen ist. Schließlich fordert der BvD sogar die Einsetzung eines Regierungskommissars, der die Einrichtung und Lenkung eines nach den bestehenden Gesetzen funktionierenden Wohnungsamtes in seine Hände nimmt. Die durch den BvD hart geführte Auseinandersetzung führte schließlich dazu, dass die Wohnbauleistungen für die Vertriebenen mit denen der anderen Geschädigten aufgerechnet wurden.

Der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) Die Gründung und Entwicklung der Partei

Im Januar 1951 konstituiert sich die Partei in Bad Godesberg auf Bundesebene. Prägend war der antisozialistische Grundkonsens. Auf dem Parteitag in Goslar im September 1952 wird der Name Gesamtdeutscher Block / BHE (GB/BHE) angenommen. Grund ist die Erwartung, bei steigender Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge für alle Deutschen wählbar zu werden. Oberstes Ziel des BHE ist die Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1937. Forderungen nach stärkerer Berücksichtigung der Belange der Heimatvertriebenen wie ein gerechter Lastenausgleich, verstärkte Ansiedlung vertriebener Landwirte sowie die Aufnahme des Rechts auf Heimat in das Völkerrecht sind auf die spezifische Zielgruppe der Partei, die Vertriebenen und Flüchtlinge zugeschnitten. Das Dilemma der Partei besteht darin, dass die soziale Integration der Vertriebenen oder zumindest deren materielle Besserstellung in den 50er Jahren rasche Fortschritte macht und ihre spezielle Interessensvertretung einen immer kleiner werdenden Kreis als wichtig und notwendig erscheint. Im Dezember 1960 wird die Vereinigung mit der Deutschen Partei (DP) zur Gesamtdeutschen Partei (GDP) beschlossen und im April 1961 vollzogen. Der Wiedereinzug in den Bundestag misslingt.



Heimatbrief

des Kreisverbandes der Vertriebenen Deutschen
im BvD
Köln-Land

Zum 28. Oktober 1956

**WICHTIG!
AUF ZU WAHL!**

Die haben die Führer der Landesparteien erklärt, daß sie aus den Kommunalwahl-Vorparlamenten keine politischen Kampferwartungen machen wollten, sondern nur auf kommunale Belange eingehen würden - und prompt haben sie diese ihre gegenseitige Zusage gebrochen.

Wir haben mit diesen Dingen wenig zu tun und wollen uns aus dem Haider der Parteien herausziehen. Und wir in Köln möchten die notwendigen Aufgaben übernehmen. Und keine der bestehenden Parteien hat sich um diese Dinge im allgemeinen, daß wir für solche unsere Eigenständigkeit aufgeben würden. In länger, desto mehr setzen wir, daß die staatlichen und überparteilichen Mächte nur dann zu kleinen Zusammenstößen von gegenseitiger Kraft sind, wenn ihre großen Zielsetzungen gefährdet erscheinen. Diese Ziele sind das unsere im Sinnemittelpunkt.

Der im letzten oder gar verworfenen Existenzkampf stehende Vertriebenen und Flüchtlinge der Hilfe und Heimat ebenso beruht würde, wie die Ansehen seiner Ämter und des eigenen heimlichen Erfolges, muß seine Sinne stärken, um dies zu erreichen. Denn Staat- und Privatkapitalismus bemühen sich in gleicher Weise, mit Hilfe ihrer fast unbegrenzten Machtmittel, durch Preis- und sonstige Privilegien der öffentlichen Meinung für ihre Zwecke zu beeinflussen, und der Begriff der Wahrheit ist für sie mehr als Selbstverleugung, reden sie davon, dass man sie etwas ganz andere.

Den Erklärungen der Herren von Brantano, Mac Clay und Grewen haben sich von die Herren Carlo Schmid und Grottelmann angeschlossen. Was sollen die Deutschen dazu sagen, wenn solche Privilegien solche Vertriebenen schenken für bedenklich halten? Was sollen wir Vertriebenen davon denken, wenn deutsche Politiker anderten, daß sie bereit wären, die Überwelt damit? Was würde zu weit führen, alle unüberwindlichen Meinungen und Gegensätze in einzelnen aufzuführen. So stellt dies Beispiel für alle.

Danach zerfällt die Partei und löst sich Ende der 1960er Jahre auf.

Eine Ortsgruppe des BHE wird in Brühl erst wenige Wochen vor der Kommunalwahl 1952 gegründet. Dem BHE gelingt es dennoch einen Wahlvorschlag mit Kandidaten für alle Wahlkreise und einer Reserveliste einzureichen. Zwischen dem BHE und dem Stadtdirektor als Wahlleiter ergeben sich Unstimmigkeiten über die Auslegung des Wahlgesetzes. Dadurch kann der Wahlvorschlag des BHE erst kurz vor der Wahl veröffentlicht werden. Der BHE klagt gegen die Entscheidung des Wahlleiters, verliert aber die folgenden Prozesse. Der BHE wollte eine Reserveliste mit 60 Kandidaten einreichen. Der Stadtdirektor verweigerte dies, da nach § 20, Abs. 3 der Gemeindeordnung nur die doppelte Anzahl der zu wählenden Ratsmitglieder auf die Liste gesetzt werden dürften. Die Ansicht des Stadtdirektors, dass sich dies auf die direkt zu wählenden Vertreter (in Brühl 15) bezieht, wird von Landes- und Oberverwaltungsgericht bestätigt.

Die erste nachweisbare öffentliche Veranstaltung findet am 29. Oktober 1952 im Hotel Belvedere statt. Seit dem Beschluss zur Lockerung der Wohnraumzwangswirtschaft ist der Kampf für dessen Rücknahme das beherrschende Thema des BvD. Es stellt sich die Frage, ob aus diesem Engagement ein Gründungsimpuls für den BHE in Brühl abzuleiten ist. Zur Enttäuschung des BvD hatte, trotz seiner rechtlichen Bedenken, keiner der Stadträte den Antrag gestellt, den Beschluss zu annullieren.

Der BvD ruft zur Wahl des BHE auf. „Der Ortsverband ist keine politische Partei. Eine Vertretung unserer Interessen im Stadtrat ist aber ebenso berechtigt wie notwendig. Die einzige Partei, die gewillt ist, diese Berechtigung vorbehaltlos anzuerkennen, ist der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten. Nachdem die Verhandlungen mit den anderen Parteien gescheitert sind, kam es zu einem Abkommen mit dem BHE. Von gewisser Seite erhobene Forderungen, den Ortsverband in den BHE zu überführen, wurden abgelehnt. Wir arbeiten also weiter wie bisher. Gemäß einer Verlautbarung von Dr. Kanther (*Bundesvorsitzender des BvD*), die kürzlich veröffentlicht wurde, empfehlen wir allen Vertriebenen, unabhängig von ihrer derzeitigen Parteizugehörigkeit, ihre Stimme ausnahmslos für Stadtrat und Kreistag für den BHE abzugeben und damit die von uns dem BHE namhaft gemachten Kandidaten zu wählen. Wer sich der Wahlpflicht entzieht, schwächt unsere Front.“

Heimatbrief

des Kreisverbandes der Vertriebenen Deutschen
im BvD
Köln-Land

Preis 20 Pf. Köln, 1. September 1958 Jahrgang 1958



Großkundgebung

zum Tage der deutschen Heimat in Brühl

Auf Anregung des Herrn Regierungspräsidenten findet am Sonntag, dem 14. September 1958 in Brühl, Belvedere um 17 Uhr obige Großkundgebung mit den Ortsgruppen Brühl, Meschenich, Rondorf-Immendorf, Wesseling und Sürth statt. Diese Veranstaltung, an der voraussichtlich der Herr Regierungspräsident und der Herr Oberkreisdirektor teilnehmen wird, muß ein machtvolles Bekenntnis der Vertriebenen zu unserer alten Heimat werden. Die Teilnahme aller Mitglieder der Ortsverbände ist eine Ehrenpflicht unserer Heimat u. unseren Vorfahren gegenüber.

BdV Heimatbrief
September
1958,
Seite 1





Plakat
Tag der Heimat
1963
Stadtarchiv Brühl

Bei der Stadtratswahl am 9. November 1952 erhält der BHE 1087 Stimmen. Dies entspricht 7,1 Prozent. Drei Vertreter ziehen über die Reserveliste in den Stadtrat ein. Zwei sind Vertriebene (Hoffmann und Schroeter), Kolvenbach ein Bombengeschädigter. Dies zeigt, dass es dem BHE in Brühl gelingt, auch Einheimische für sich zu gewinnen. BHE und SPD (11 Sitze) müssen sich trotzdem mit der Oppositionsrolle begnügen. Ein Bündnis dieser Parteien wäre durch die gemeinsamen Positionen in der Wohnungspolitik tragfähig gewesen. Ihnen steht aber eine Mehrheit aus CDU (14 Sitze) und FDP (2 Sitze) gegenüber. Die KPD ist nicht mehr im Rat vertreten. Nach der Wahl heißt es im Tätigkeitsbericht des BvD-Vorsitzenden für 1952: „Die von uns dem BHE namhaft gemachten Stadträte haben im Kampf um unser Recht ihre Arbeit aufgenommen und ihre ersten Proben erfolgreich bestanden. Glück zu, Glück auf!“

Die im Wahlaufwurf angedeuteten personellen Überschneidungen bei BvD und BHE werden durch die neuen Ratsmitglieder Hoffmann und Schroeter personifiziert. Hoffmann war 1949/50 Vorsitzender der IGOV und gehörte ebenfalls dem Flüchtlingsbeirat an. Schröter wird BHE-Kandidat zur Bundestagswahl 1953. Zudem wird der Vorsitzende des BvD-Brühl Adelt Landtagskandidat 1954. Adelt, inzwischen auch Kreisvorsitzender des BvD, wird zudem Spitzenkandidat bei der Kreistagswahl 1956. Adelt wird am 9.11.1956, kurz nach der Kommunalwahl, „wegen schwerwiegender Verfehlungen im Dienst“ verhaftet und begeht am 13.11. in der Haft Selbstmord.

Anlässlich der Kommunalwahl 1956 ruft der BvD wieder zur Wahl des BHE auf. Ein erster Rückschlag kurz vor der Wahl, ist der Wechsel des Ratsherren Schroeter zur CDU. Wesentlich verhängnisvoller ist es aber, dass der GB/BHE in fünf von 15 Wahlkreisen auf Kandidaten verzichtet. Der „Verzicht“ beruht, laut des Zeitzeugen Philipp, auf einem organisatorischen Fehler des BHE. Dieser hatte für diese Wahlkreise Personen angesprochen, die bereit waren zu kandidieren. Durch die urlaubsbedingte Abwesenheit eines BHE-Funktionärs wird es aber versäumt, rechtzeitig die notwendigen Einverständniserklärungen einzuholen. Dem BHE fehlen aus diesen Wahlkreisen die Stimmen, die wahrscheinlich für den Wiedereinzug in den Stadtrat gereicht hätten. Bei der zeitgleich stattfindenden Kreistagswahl erhält die Partei genau fünf Prozent der Stimmen im Brühler Stadtgebiet. Damit hätte der BHE

die Sperrklausel in Brühl übersprungen. Von diesem Rückschlag hat sich der Ortverband nicht mehr erholt. Zur Kommunalwahl 1961 tritt der BHE bzw. GDP nicht mehr an. Kurz darauf löst sich die Ortsgruppe Brühl auf.

Der BHE im Rat der Stadt Brühl 1952-1956

Als wichtiges Wahlkampfinstrument des BHE, kann das Mitgliederorgan des BvD, der Heimatbrief, gesehen werden. Kurz vor der Wahl wird dort der Stadtverwaltung vorgeworfen sich „mehr als 1 ½ Jahre auf dem Gebiet der Wohnraumbewirtschaftung die gesetzlichen Bestimmungen außer Acht gelassen“ zu haben. Dem Stadtrat wird vorgehalten sich „über den Willen des Gesetzgebers und der Regierung hinweggesetzt“ zu haben. In der Kölnischen Rundschau werden diese „Unrichtigkeiten“ zur Wohnraumbewirtschaftung kritisiert. „Und wenn mit solchen notorischen Falschheiten für die Kandidaturen des BHE geworben wird, so werden sich besonnene und verständige Ostvertriebene von solchen Machenschaften fernhalten. Sie wissen: Bisher haben die großen Parteien die Belange der Flüchtlinge erfolgreich vertreten (Beispiele: 60 v.H. der Neubauwohnungen für sie; Flüchtlingskredite; gesicherte Arbeitsplätze). Niemand von ihnen vermag zu glauben, daß in Zukunft eine kleine Interessensgruppe (BHE) gleiches für sie erreichen kann.“ Der BHE wird also als Konkurrenz ernst genommen, da er als eine Art politischer Flügel des BvD die Debatte über Wohnungsfragen, insbesondere die Diskussion über die Lockerung der Wohnungswirtschaft, auf politischer Ebene fortführt.

Der BHE beantragt folgerichtig in der ersten Ratssitzung nach der Wahl die Aufhebung des Ratsbeschlusses zur Lockerung der Wohnungsbewirtschaftung. CDU und FDP lassen aber nur Ergänzungen zu, da ein Missbrauch der Lockerung feststellbar ist und der Regierungspräsident, nach einer Eingabe des BvD, den Beschluss beanstandet hatte.

In der Folge forderte die BHE-Fraktion aber immer wieder die Wiedereinrichtung eines Wohnungsausschusses. Dies gelingt aber erst nachdem in NRW ein neues Wohnungsgesetz erlassen wird, das Bestimmungen enthält, die die Einrichtung eines Wohnungsausschusses zulassen. Mit dieser Begründung stellt der BHE erneut einen entsprechenden Antrag. Diesmal gelingt es aber die FDP für den Antrag zu gewinnen, so dass eine Mehrheit die Einrichtung des Ausschusses beschließt. Die CDU boykottiert diesen zunächst, da sie ihn für kompetenzlos hält. Die Befugnisse des Ausschusses werden aber, gegen die CDU-Stimmen, aufgewertet. Auf diese Weise erhält der BHE, neben dem Stadtrat, ein weiteres Forum, für sein wichtigstes Anliegen.

Die Konkurrenz um Wohnraum verschärft sich durch die Zuweisungen von SBZ-Flüchtlingsen. Die Stadt ist gesetzlich verpflichtet für sie neue Wohnungen bereitzustellen. Damit ist auch der BHE nicht einverstanden, da noch über 1.200 Familien, darunter viele schon lange in Brühl wohnende Vertriebene, immer noch auf passende Wohnungen warten müssen. Die SBZ-Flüchtlingsen werden also als Konkurrenten um das knappe Gut Wohnung gesehen. Dies hängt damit zusammen, dass 1954 der Anteil der Vertriebenen an der wohnungssuchenden Bevölkerung 25,2 Prozent beträgt. Damit ist dieser immer noch wesentlich größer als Anteil der Vertriebenen an der Gesamteinwohnerzahl von 13,1 Prozent.

Im September 1954 kündigt der BHE-Ratsherr Kolvenbach, aus familiären Gründen und aus Arbeitsüberlastung seinen Rücktritt an. Wahrscheinlich ist er aber zurückgetreten, da er im Rat gegen die Bildung des Wohnungsausschusses gestimmt hat. Da dies das zentrale Anliegen des BHE ist, ist es nicht verwunderlich,

dass er Probleme mit Partei und BvD bekommt. Der BvD-Vorstand sieht im Rücktritt einen kleinen Erfolg für sich. Kolvenbach sei nicht dazu gezwungen worden. Durch entsprechende Aufklärung soll die öffentliche Meinung revidiert und beruhigt werden. Als Nachfolger steht der 2. Vorsitzende des BvD Philipp bereit. Bis zur Neufassung des Kommunalwahlgesetzes im Juni 1954, stand es der betreffenden Partei frei einen beliebigen Nachfolger aus der Reserveliste zu wählen. Nun aber ist die Nachfolge durch die Reihenfolge auf der Liste zwingend vorgeschrieben. Kolvenbach ändert jedenfalls seine Meinung und bleibt im Rat, wahrscheinlich um Philipp zu verhindern.

Neben den Aktivitäten in der Wohnungspolitik fällt die BHE-Fraktion durch die Forderung nach einem Sozialgroschen auf. Die, durch einen Aufschlag zu jeder verkauften Eintrittskarte für karnevalistische Veranstaltungen eingenommenen Mittel sollen dem Sozialamt zur Gründung eines Sozialfonds für besonders dringende Fälle zur Verfügung gestellt werden. Da die Vereine nicht dazu gezwungen werden können, bleibt es bei einem Aufruf an die Karnevalvereine einen Zuschlag von 10 Pfennig zu erheben und dieses Geld an Bedürftige zu spenden. Im April 1953 regt der BHE an, zum Zeichen der Verbundenheit mit den Heimatvertriebenen, Straßen nach Städten im Osten zu benennen. Dieser Anregung wird aber erst nach 1961 gefolgt. In Vochem wurden mehrere Straßen nach Städten benannt, die heute in Polen und Russland liegen: Königsberg, Danzig, Breslau und Stettin.

Schlussbetrachtung: Zur Integration der Vertriebenen in Brühl

Der Heimatverlust bleibt für die Vertriebenen eine erhebliche Belastung. Sie haben mit der Vertreibung und den damit verbundenen Rache- und Gewaltakten den Großteil der Konsequenzen des verlorenen Krieges und seiner Verbrechen zu tragen. Aufgrund dieser seelischen Verletzungen sind sie besonders sensibilisiert für vermeintliche oder tatsächliche Diskriminierungen im Aufnahmeort.

Integrationshemmende Faktoren

Konflikte ergaben sich zumeist aus der Unterkunftsfrage. Zunächst sind die Vertriebenen in Lagern oder anderen Notunterkünften untergebracht worden, bevor sie, wenn überhaupt, in Privatquartiere als Untermieter eingewiesen werden. Die größte Reibungsfläche bot die Zwangswohngemeinschaft. Diese empfanden die Einheimischen auf Dauer als Belästigung. Die unvermeidbare Überschneidung der Lebenssphären führt zu Auseinandersetzungen, z.B. bei der gemeinsamen Nutzung von Küche und Hausrat. Durch die wachsende Zahl der Vertriebenen wird es immer schwieriger diese in Privathaushalten unterzubringen. Der Aufenthalt in Lagern, Sälen und Baracken dauert für viele Vertriebene länger als geplant. Dies wird durch die immer noch große Zahl der wohnungssuchenden Vertriebenen Mitte der 1950er Jahre verdeutlicht. Die großen Wohnungsbauaktivitäten helfen hier zunächst nur indirekt, da die Mittel für die Neubauten für Umsiedler und SBZ-Flüchtlinge zweckgebunden sind. Auch die Häufung der Räumungsklagen nach der Lockerung der Wohnraumbewirtschaftung in Brühl 1951 ist ein Indiz für die Größe des Konfliktpotentials. Ein weiterer Beleg ist die Vehemenz des Widerstandes gegen diesen Beschluss durch den BvD und den BHE. Die Spannungen lösen sich erst durch die Weiterführung von Wohnungsbauprogrammen bis in die 1960er Jahre.

Das oft kompromisslos erscheinende Verhalten des BvD und des BHE in der Wohnungsfrage hat zu großer Zustimmung unter den Vertriebenen geführt, wie das relativ gute Wahlergebnis 1952

deutlich macht. Aber es hat auch bewirkt, dass die Leistungen für die Vertriebenen gegen die Leistungen bzw. Nichtleistungen für andere Geschädigte aufgerechnet wurden. Dabei profitierten die schon länger in Brühl lebenden Vertriebenen genauso wenig von den Bauprogrammen für Umsiedler und DDR-Flüchtlingen, wie die Einheimischen.

Im Bereich Arbeit deuten die Berichte der beiden Zeitzeugen auf einen hohen Beschäftigungsgrad der Vertriebenen in den Braunkohlebetrieben und in der Chemieindustrie in der Region hin. Dies weist auf einen Unterschichtungsprozess hin, der durch die Annahme berufsfremder bzw. statusniedriger Positionen gekennzeichnet ist, wodurch geringere Einkünfte erzielt werden.

In der evangelischen Gemeinde konnten die Vertriebenen keine Änderungen in der Gottesdienstordnung durchsetzen und waren gezwungen sich den Einheimischen anzupassen.

Integrationsfördernde Faktoren

Nach der Aufgabe des ursprünglichen Assimilationskonzeptes der britischen Militärregierung führte die Einrichtung von Flüchtlingsausschuss bzw. -beirat und die Aufnahme von Vertriebenen als Mitglieder in den Fachausschüssen zu einer Partizipation in allen, die Vertriebenen betreffenden Bereichen.

Mit der Bereitstellung von Arbeitsplätzen und Unterkünften werden wesentliche Faktoren für die Integration der Vertriebenen geschaffen. Entscheidend ist hier der Wohnungsbau. Dabei geht es nicht nur um Probleme der Unterbringung. Die forcierte Wohnungsbautätigkeit ist Bedingung für die Weiterführung bzw. Aufnahme der Produktion in der Industrie. Der Wohnungsbau erfüllte also zwei Funktionen, eine eingliederungs- und eine arbeits-



Straßenschild Königsberger Straße

Foto: Ulrich Wehrhahn

marktpolitische.

In Brühl besteht zunächst durch die Braunkohle und die räumliche Nähe zur wachsenden Chemieindustrie der Nachbarstädte sowie später die Bemühungen der Stadt zur Ansiedlung neuer Industrie- und Gewerbebetrieben eine gute Beschäftigungslage. Diese Einschätzung wird durch die Ansiedlung der Umsiedler in einem Stoßprogramm bestätigt, wobei die Bauvorhaben für ihre Ansiedlung ebenfalls beschäftigungsfördernd sind.

Eine besondere Form der Integrationsförderung erlaubte sich die Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgesellschaft. Sie ließ u.a. in der Siedlung „Zum Rodderbruch“ mehrere Giebel von Umsiedlerhäusern mit mehrfarbigen Fresken vom Künstler Gerhard Hoffschulz, selbst ein Vertriebener, dekorieren. Die Bilder sollen die alte und die neue Heimat der Siedler symbolisieren.

Fazit

Die Hochkonjunktur in den 1950er Jahren erleichterte die wirtschaftliche und soziale Integration der Vertriebenen. In Brühl

waren die Bedingungen für den Bereich Wohnen zunächst sehr schlecht und besserten sich nur langsam. Im Gegensatz dazu entwickelten sich die Bedingungen im Bereich Arbeit relativ schnell. Dadurch waren die Voraussetzungen für eine tiefer greifende Integration gegeben.

In Brühl waren die Bedingungen für die Vertriebenen zunächst hart. Zu wenige Wohnungen mit zu wenig Platz, so dass viele für Jahre in Lagern und Notunterkünften ausharren mussten.



Irene Westpahl 2020 bei der Eintragung ins Goldene Buch der Stadt Brühl

Foto: Stadt Brühl

Dabei ging es ihnen nicht besser, als vielen Einheimischen, die ausgebombt oder wegen Beschlagnahmungen der Besatzungsmacht ihre Wohnung räumen mussten. Besser ging es den Umsiedlern. Sie kamen zwar auch aus Barackenlagern, aber für sie wurden neue Wohnungen gebaut, wenn auch oft nur Schlichtwohnungsbauten.

Aus diesem Potential schöpfte der Bund der vertriebenen Deutschen seine Mitglieder. Er wuchs schnell zum größten Brühler Verein. Er dominierte seit 1950 auch den Flüchtlingsbeirat. Durch das ausdauernde Eintreten des BvD für seine Klientel in der Wohnungsfrage, gelang auch dem BHE der Einzug in den Stadtrat, trotz der sehr kurzfristigen Parteigründung. Im Rat trat der BHE im Wesentlichen nur in Wohnungsfragen hervor.

Die wirtschaftlichen und sozialen Umstände entwickelten sich für die Vertriebenen immer besser. Sie integrierten sich dadurch immer mehr in die westdeutsche Gesellschaft. Dies ist ein Grund für die langsam sinkenden Mitgliederzahlen beim BvD. Die Auflösung der Jugendgruppe symbolisiert 1959/60 zudem die schneller fortschreitende Integration der jüngeren Generation, die das Vertreibungsgeschehen nicht mehr selbst erlebt hat.

Die wohl bekannteste Vertriebene in der Brühler Stadtgesellschaft war Irene Westpahl (1930-2023). Sie engagierte sich jahrzehntelang in zahlreichen sozialen Initiativen und in der SPD. Sie war Mitbegründerin der Aktion Gemeinsinn und über 20 Jahre im Rat der Stadt Brühl. Von 1994 bis 1996 war sie die erste und bisher einzige Bürgermeisterin der Stadt Brühl. Sie begründete die Städtepartnerschaft zwischen Brühl und ihrem Geburtsort Kunice in Schlesien.

Hinweis: Die vollständige Magisterarbeit wird in der Schriftenreihe zur Brühler Geschichte erscheinen. Auf der Webseite der Stadt Brühl wird sie auch in digitaler Form mit allen Fußnoten sowie Quellen- und Literaturverzeichnis veröffentlicht. Gedruckte Exemplare sollen in der Stadtbibliothek und in der Präsenzbibliothek des Stadtarchivs ausleih- bzw. einsehbar sein. Die Hauptquellen für die Magisterarbeit befinden sich im Stadtarchiv Brühl, dem Kreisarchiv des Rhein-Erft-Kreises und im Archiv der Evangelischen Gemeinde Brühl.

TERMINE / MITTEILUNGEN

Protokoll der Jahreshauptversammlung 2024 des Brühler Heimatbundes e.V. vom 27.03.2024 in der Geschäftsstelle des BHB Dauer: 16:00 – 16:40

Gemäß Satzung des Brühler Heimatbundes wurde die Einladung zur Jahreshauptversammlung 2024 durch Ankündigung in den Brühler Heimatblättern, allen Mitgliedern frist- und formgerecht bekannt gegeben. Vor der offiziellen Eröffnung bittet der erste Vorsitzende (**komm.**), Rainer Legerlotz, die Mitglieder sich von ihren Plätzen zu erheben - für eine Schweigeminute zum Gedenken der verstorbenen Mitglieder in 2023.

TAGESORDNUNG

TOP 1: Begrüßung und Eröffnung der Versammlung durch den 1. Vorsitzenden (komm.)

Der 1. Vorsitzender (komm.) begrüßt die 12 erschienenen Mitglieder, erwähnt wurde besonders Bürgermeister Dieter

Freytag, stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung. Zu der veröffentlichten Tagesordnung gibt es seitens eines Mitgliedes eine Einwendung.

TOP 2: Protokoll der letzten Jahreshauptversammlung

Zu dem Protokoll der letzten Jahreshauptversammlung gibt es seitens der Mitglieder keine Einwände. Es ist somit angenommen. Auf die Verlesung wird, nach Befragung der Mitglieder, verzichtet.

TOP 3: Geschäftsbericht 2023

Da die Stelle des Geschäftsführers vakant ist, verliest Rainer Legerlotz den Geschäftsbericht 2023. Er führt aus, dass die Geschäftsstelle weiterhin geschlossen bleibt. Der BHB hatte 2023 trotzdem einen Neuzugang, allerdings auch 11 Verstorbene, fast immer aus Altersgründen, gab es 21 Kündi-

gungen. Die Gesamtmitgliederzahl ist von 341 in 2022 auf 310 gesunken, davon waren 240 natürliche Personen und 70 Instruktionelle. Er bedankte sich bei allen Förderern, Gönnern und Helfern, ebenso bei den Autoren für die Heimatblätter. Damit endet der Geschäftsbericht für 2023.

TOP 4: Kassenbericht 2023

Der Schatzmeister Rainer Legerlotz verliest seinen von dem Kassenprüfer Herr Joachim Tollens geprüften Kassenbericht. Im Wirtschaftsjahr 2023 hatte der Brühler Heimatbund Einnahmen von 9.474,54 Euro, dem gegenüber standen Ausgaben von 9.558,57 Euro, so dass per Saldo ein Verlust von 84,03 Euro zu verzeichnen war. Er bot zum Schluss an, Auskünfte zu den Einzelposten der Einnahmen und Ausgaben zu geben, wenn dies jemand wünsche, dies war nicht der Fall.

TOP 5: Bericht des Rechnungsprüfers

Der Bericht des Kassenprüfers, Herr Joachim Tollens, fällt insgesamt positiv aus. Es gab keinerlei Beanstandungen. Der Kassenprüfer schlug vor, den Schatzmeister sowie den gesamten Vorstand zu entlasten.

TOP 6: Wahl des Wahlleiters

Hier stellt Rainer Legerlotz vorab die Frage, ob jemand hier anwesend ist, der sich für die Wahl des 1. Vorsitzenden

zur Verfügung stellt. Dies war nicht der Fall, somit kam er zurück zu dem Änderungsantrag der Tagesordnung, der da lautete: In Anbetracht der aktuellen Situation des Brühler Heimatbundes möchte ich eine Verschiebung der Tagesordnungspunkte zur Wahl des Vorstandes beantragen. Diese kann in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung stattfinden. Der neue Termin kann per Beschluss der Mitglieder auf der Jahreshauptversammlung festgelegt werden. Als Termin für eine außerordentliche Hauptversammlung wurde vorgeschlagen Mittwoch, der 02.10.2024, 18:00 in der Geschäftsstelle. Der Termin wurde einstimmig angenommen.

TOP 13: Sonstiges

Es gab eine Wortmeldung vom Bürgermeister Dieter Freitag. Er forderte, alles zu tun, um solch einen Traditionsverein, wie den Brühler Heimatbund und damit verbunden die Brühler Heimatblätter, zu erhalten. Er hob hervor, dass ohne das Engagement von Rainer Legerlotz es den Brühler Heimatbund schon lange nicht mehr geben würde. Gleichzeitig würdigte er die verdienstvolle Arbeit der zurückgetretenen Vorstandsmitglieder.

Der 1. Vorsitzende, Rainer Legerlotz (komm.) schließt die Versammlung um 16:40 Uhr.



Gemeinschaft stärken.

Wir fördern den Jugendsport sowie Kunst, Kultur und soziale Projekte in der Region.

ksk-koeln.de/unser-engagement

Weil's um mehr als Geld geht.



Kreissparkasse
Köln

Impressum:

Herausgeber:

Brühler Heimatbund e.V.,
Heinrich-Esser-Str. 14, 50321 Brühl

1. Vorsitzender:

Rainer Legerlotz (komm.)
Bergerstr. 65, 50389 Wesseling-Berzdorf,
Tel. 0 22 32 / 5 18 08

Stellv. Vorsitzende:

Michael Hammermayer,
Schwingelerweg 50, 50389 Wesseling, Mobil 0172 / 80 545 26

Geschäftsführer:

Vakant

Schatzmeister/Schriftleiter:

Rainer Legerlotz
Bergerstr. 65, 50389 Wesseling-Berzdorf,
Tel. 0 22 32 / 5 18 08

Geschäftsstelle:

Heinrich-Esser-Straße 14, 50321 Brühl
Öffnungszeiten (nicht an Feiertagen):
Ist zur Zeit geschlossen.
Termine nach Vereinbarung.
Tel. 0 22 32 / 56 93 60
www.heimatbundbruehl.de
E-Mail: bhb-bruehl@posteo.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorin / des Autors und nicht die des Schriftleiters bzw. des Vorstandes des Brühler Heimatbundes e.V. wieder.

Nachdruck oder Fotokopieren einzelner Kapitel oder des gesamten Heftes nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung des Herausgebers und der Autorin / des Autors!



Gebrüder
Kuhl

METALLBAU · SCHLOSSERARBEITEN

MARKISEN

BERATUNG · LIEFERUNG · MONTAGE

www.kuhl-metallbau.de



Mühlenstr. 79 · 50321 Brühl · Tel. 0 22 32/4 27 75 · Fax 0 22 32/4 83 14

Hier könnte Ihre
Anzeige stehen.

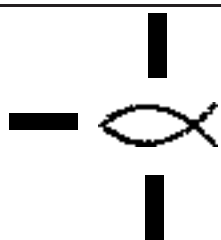
Info: 0 22 32 - 5 18 08

Die vielseitigen Maler-
und Lackierermeister



Malerarbeiten

Gleueler Weg 6 · 50321 Brühl
Tel. 0 22 32 / 4 50 55 · Fax 4 68 11



SECHTEM

BESTATTUNGEN

Bestattungsvorsorge
Treuhandverträge
Erledigungen bei allen Behörden
Eigene Abschiedsräume

Tel. 02232 - 42564 Tag & Nacht
50321 Brühl, Bonnstr. 14-18 Parkplatz am Hause
www.bestattungen-sechtem.de

Qualität und Kompetenz für Mensch und Umwelt



- Altbauanierung
- Betonarbeiten
- Maurerarbeiten
- Fliesen- und Pflasterarbeiten
- Putz- und Trockenbauarbeiten
- Keller trockenlegung

 (0 22 32) 209 259
www.bu-bau.de

50  **Rheinland-Touristik**
Seit 1970 Platz GmbH

Mit Sicherheit besser ankommen!



Rheinland-Touristik Platz GmbH | Industriestraße 57 | 50389 Wesseling
Tel. 0 22 32-945 940 | info@rheinland-touristik.de | www.rheinland-touristik.de



St. Sebastianus
Schützenbruderschaft Brühl
vor 1442 e.V.

Für Glaube, Sitte, Heimat feiern
wir unsere Schützenfeste immer
am dritten Wochenende im Juli.
Besuchen Sie uns!

Mehr zu unserem Vereinsleben unter: st-seb-bruehl1442.de oder nehmen Sie
direkt Kontakt mit uns auf: info@st-seb-bruehl1442.de.



Bedachungen - Zimmerei

Meisterbetrieb
in 5. Generation

Engeldorfer Straße 30 | 50321 Brühl-Ost
Tel. 0 22 32 - 4 20 21 | Fax 0 22 32 - 4 80 57
E-Mail: info@thoben-koch.de | www.thoben-koch.de

MITGLIED DER DACHDECKER-INNUNG

